

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatthaus“
Schalter-Geld geöffnet von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatthaus“ Nr. 6650-53.
Von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, außer Sonntag.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 12. 1.20 monatlich, 12. 5.00 vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Dringlichkeit. 12. 4.45 vierteljährlich durch alle deutschen Buchhandlungen, auswärts durch Buchhändler. — Bezugs-Verhältnisse nehmen an der Post. In Wiesbaden bei der Post. In der Provinz bei den Postämtern. In den benachbarten Provinzen und im Rheingau bei den betreffenden Tagblatt-Verlegern.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 25 Pf. für erste Woche, 15 Pf. für zweite Woche, 10 Pf. für dritte Woche, 5 Pf. für vierte Woche. — Bei mehrwöchiger Aufnahme unterbreitung Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechende Nachlässe. — Anzeigen-Konkurrenz: Für die Abend-Ausgabe bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausgabe bis 8 Uhr nachmittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgerückten Tagen und Abenden wird keine Gewähr übernommen.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatt: Berlin W. 57, An der Spießkirsche 7, 1. Fernsprecher: Amt Lützow 6202 und 6203.

Donnerstag, 18. Juli 1918.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 329. • 66. Jahrgang.

Etwas vom Wirtschaftskriege.

Ein merkwürdiges Zusammentreffen hat zwei große Ereignisse auf beinahe denselben Tag verlegt, auf den Frühlingsanfang nämlich. Am 21. März begann Hindenburg seine gewaltige Offensive; am 22. März kam aus Washington die Nachricht, der Senator Owen habe dem Senat vorgeschlagen, eine Liga von Nationen zu gründen, die die Vereinigten Staaten und die Alliierten umfassen sollte. Die Liga soll ein Geies internationaler Grundsätze aufstellen. Deutschland und seine Verbündeten sollen von der Liga ferngehalten werden, es sei denn, daß sie die Grundsätze unterschreiben und die deutliche Absicht zeigen, sich in ihren Handlungen nach Recht und Gerechtigkeit zu richten. Im Falle unserer Weigerung soll die Liga unsere wirtschaftliche Isolierung herbeiführen, wodurch wir auf fünf Jahre zur Unterwerfung unter folgende Maßnahmen gezwungen werden sollen: Verweigerung der Erlaubnis, alliierte Häfen anzulassen, direktes Einfuhr- und Ausfuhrverbot von Handelswaren oder Rohmaterial aus oder nach alliierten Ländern, Ausfuhrverbot von gemünzten Goldbarren, Papiergeld oder Effekten, Aufhebung des telephonischen, telegraphischen und postalischen Verkehrs zwischen Deutschland und den anderen Ländern, Verbot des Betretens der alliierten Länder durch deutsche Untertanen. Der Senator schlägt ferner vor, daß in jedem Monat, in welchem Deutschland die Anerkennung der Grundsätze verweigern würde, ein Jahr wirtschaftlichen Boykotts hinzugefügt werden soll. Soll man nun über diese Drohungen und Androhnungen lachen, wozu gewiß viele Lust haben und was auch einem Betrachter dieser allerdings fabelhaften amerikanischen Leistung in der letzten Nummer von „Nord und Süd“ als die einzig angemessene Antwort erscheint? Wir sind nicht ganz dieser Meinung, wir haben bisher doch häufig genug die Erfahrung machen müssen, daß unser Vertrauen auf Vernunft und Einsicht der Feinde ein viel zu weitgehendes Zuversichtsbildnis bedeutete, das oft gerade das Berrückteste oder mindestens so Erscheinende verwirklicht oder angestrebt wurde. Wir können uns das Maß von Gift und Geyer, womit uns die Feinde beehren, offenbar überhaupt nicht vorstellen, und so geschieht es uns immer wieder, daß wir ungläubiger sind, als es unseren Interessen dienen kann. Warum sollen die Feinde das nicht ausführen, was dieser merkwürdige Senator Owen an demselben Tage vorgeschlagen hat, an dem die ersten wuchtigen Hammerschläge gegen die Westfront fielen? Vielmehr, sie werden es nicht können, weil wir es nicht leiden werden, aber ihr Wille mag schon in dieser Richtung gehen, geht ganz gewiß diese Straße, und wir können uns auf jede Vergewaltigung gefaßt machen, die nur irgend ausführbar sein wird. Was uns mit schließlich doch berechtigter Gelassenheit auf diese Vernunftstimmungen blicken läßt, das ist ihre sachliche Unmöglichkeit. Und darum hat die Monatschrift „Nord und Süd“ im Endergebnis recht, wenn sie den wahrscheinlich nicht belanglosen Hinweis darauf machte, daß unsere Industrie nicht bloß Verbraucherin, sondern auch Käuferin ist, die die Rohstoffe bezahlt. Scheiden die siebzig Millionen Deutsche als Konsumenten der Erzeugnisse des Weltmarktes aus, so müssen notgedrungen die Preise sinken, denn diese richten sich nun einmal nach dem unverrückbaren Gesetze des Angebots und der Nachfrage. Ob Briten, Amerikaner oder Franzosen, kein Kaufmann zahlt freiwillig einen Preis mehr, als der eben von diesem Geies bedingte Marktpreis ist. Der bekannte Leipziger Nationalökonom Professor Dr. Stieba erläuterte gerade diese Frage, die für unsere Industrie so unendlich wichtig ist, kürzlich an öffentlicher Stelle mit einigen sehr interessanten Beispielen. Die Welterzeugung von Kautschuk belief sich 1913 auf 120 380 Tonnen, im Jahre 1916 auf 201 598 Tonnen und wird für 1917 auf 242 000 Tonnen geschätzt. Während des Krieges ist die Nachfrage gewaltig gestiegen. Die Vereinigten Staaten führten 1914/15 172 Millionen amerikanische Pfund ein, 1916/17 aber 383 Millionen Pfund. Dennoch aber sind die Preise auf dem Weltmarkt ungefähr normal geblieben. Wenn nun nach dem Kriege der Verbrauch auf das frühere Maß sinkt und Deutschland nicht als Käufer für den sich dann ergebenden Überschuß einpringt? Gewaltiges Sinken des Preises, lautet die Antwort. Das gleiche gilt von Kakao, wovon die Welternte im Jahre 1916 295 557 Tonnen betrug. Deutschland aber verbrauchte im Jahre 1913 nicht weniger als 51 053 Tonnen, England dagegen nur 27 585 Tonnen. Weil Deutschland während des Krieges als Käufer ausschaltete, sind die früheren Preise erheblich gesunken, und es ist unmöglich, daß England und Frankreich aufnehmen können, was früher Deutschland verbrauchte. Der Pflanzler aber kann sich um die Staatsangehörigkeit seines Käufers nicht kümmern, ihm ist der Abnehmer, der bezahlt, maßgebend, und die Nachfrage bestimmt

ihm den Preis. Auch die Macht der englischen Regierung reicht nicht aus, den englischen, französischen, amerikanischen oder italienischen Kaufmann zu bestimmen, mehr zu kaufen, als er braucht, und höhere Preise zu bezahlen, als er nötig hat, nur um den Deutschen die Ware nicht zu gönnen. Der Pflanzler aber wird die Produktion darum nicht einschränken. Auch dazu vermag ihn kein von oben herab aus reinen Hochgeplüsten diktiert Wirtschaftskrieg zu bestimmen oder zu zwingen. Was in diesen Beispielen für den Verbrauch gilt, trifft in noch höherem Maße für die Verarbeitung zu. Es ist nicht so einfach, eine verarbeitende Industrie in einem Lande ins Leben zu rufen. Anders würde Amerika wohl längst dazu übergegangen sein, anstatt der Baumwolle Fabrikate daraus zu exportieren. Das sind Tatsachen, an denen der Kaufmann, obwohl er einem Ententeblatte angehört, nicht vorübergehen kann.

Wir nehmen den uns angedrohten Wirtschaftskrieg ernst, wir wissen aber auch, daß wir kraftvolle Mittel besitzen, um ihn abzuwehren und Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Brauchen wir die Welt, so braucht die Welt auch uns, aber selbst wenn es gar nicht so wäre, würde es für uns ein unumstößliches Gebot der Selbstachtung, der nationalen Würde und Ehre sein, uns keine Behandlung gefallen zu lassen, wie sie die Feinde uns angedeihen lassen wollen.

Erneute feindliche Gegenangriffe an der Marne abgewiesen.

W. T.-B. Berlin, 17. Juli, abends. (Antlich. Drahtbericht.) Erneute Gegenangriffe der Franzosen auf dem Südufer der Marne wurden abgewiesen. Im übrigen ist die Lage unverändert.

Neue englische Dum-Dum-Geschosse.

W. T.-B. Berlin, 17. Juli. (Drahtbericht.) In den Schützengräben bei Rebellon wurden neuerdings wieder von deutscher Infanterie Mengen englischer Dum-Dumgeschosse gefunden, die zum Teil von dem bekannten Typ der mit gepulvertem Papier angefüllten Geschosse sind. Eine andere Art aufgefundenen Geschosse zeigt eine ähnliche Spitze, an die sich ein Kanal anschließt, der offenbar dazu dient, durch das Aufpressen die hineingepreschten Papiermassen weiter zu zerreiben. Die Grausamkeit dieser Erfindung zeigt deutlich, wie viel Überlegung und Phantasie diese ruchlose Technik arbeitet.

Die siegreiche Abwehr der Italiener.

W. T.-B. Wien, 17. Juli. (Drahtbericht.) Aus dem Kriegspresquartier wird gemeldet: Am 15. Juli trieb der Italiener seine Infanterie zwischen Monte Pertica und im Calcinotal nach einer um 4 Uhr früh einsetzenden Artillerievorbereitung von denbar höchster Stärke zum Angriff vor. Der Feind, der überall geworfen wurde, versuchte am gleichen Tage noch dreimal, unsere Stellungen auf dem Monte Solarolo zu stürmen. Ohne dort nur das kleinste Grabenstück zu gewinnen, mußte er unter unserem vernichtenden Artillerie- und Maschinengewehrfeuer zurückzucken. Der Ruhm für die meisterhafte Durchführung der siegreichen Abwehr gebührt den bewährten Truppen der 55. Infanterie-Division. Die italienischen Verluste sind bei den besonderen Kräfteinsatz des Gegners sehr schwer. Sie verleißen der Unternehmung den Charakter einer empfindlichen Niederlage. Bei der Heeresgruppe des Feldmarschalls Roderic griff der Feind gleichfalls mit seiner Unternehmung gegen den Monte Solarolo unsere Stellungen auf dem Südwestabhang des Monte Spinuccio an. Er wurde glatt abgewiesen. — In Albanien verhindert kräftiges Artilleriefeuer bereits die Entwicklung eines zum Angriff gegen unsere Stellungen vorgehenden Bataillons.

Außerordentlich schwere italienische Verluste.

W. T.-B. Wien, 17. Juli. (Drahtbericht.) Antlich verlautet vom 17. Juli, mittags: Südlich von Asiago vertrieben zwei englische Kompanien vorübergehend in unsere Gräben einzudringen. Sie wurden nach kurzem Kampf zurückgeworfen. Im Vorstöße brachte ein Patrouillenunternehmen 30 Gefangene und 2 Maschinengewehre ein.

Die Verluste des Feindes in den letzten Kämpfen auf dem Monte Solarolo erweisen sich als außerordentlich schwer. In einem schmalen Frontabschnitt wurden über 500 italienische Soldaten gezählt.

In Albanien ist die Lage unverändert.

Der Chef des Generalstabs.

Zur Lage in Palästina.

W. T.-B. Konstantinopel, 17. Juli. (Drahtbericht. Antlicher Heeresbericht.) Palästinafront: Im Küstenabschnitt nahm unsere Artillerie feindliche Unterstände wirksam unter Feuer. Zu beiden Seiten des Jordan trieb der Feind Aufklärungsabteilungen gegen unsere Stellungen vor. Sie wurden überall leicht abgewiesen. — Von den übrigen Fronten nichts von Bedeutung.

Wiederbeginn des österreichischen Parlaments.

W. T.-B. Wien, 17. Juli. (Drahtbericht.) Nach viermonatiger Pause nahm heute das Abgeordnetenhaus seine Tätigkeit wieder auf. In der Herrenhausloge war u. a. der frühere Minister des Innern Graf Czernin anwesend. Präsident Gros begrüßte die Abgeordneten in einer Ansprache, in der er unter Hinweis auf die bedauerlichen Unterbrechungen der Tätigkeit des Hauses der Hoffnung Ausdruck gab, daß die bevorstehende Tagung des Hauses dazu diene, die verfassungsmäßigen Zustände zu sichern und zu befestigen. Das Haus beschloß dann mit Zweidrittelmehrheit, sofort die erste Lesung des Budgetprovisoriums und in Verbindung damit die Verhandlungen dringlicher Anfragen über verschiedene Vorläufige der letzten Zeit in der inneren und äußeren Politik sowie über die Ernährungsangelegenheiten zu beginnen.

Der österreichische Ministerpräsident über die Polenfrage.

W. T.-B. Wien, 17. Juli. (Drahtbericht.) In seiner gestrigen Rede im Herrenhaus erklärte Ministerpräsident Dr. Ritter v. Seidler: Dieser Krise stelle ich unter anderen gigantischen Problemen auch das polnische auf die Tagesordnung. Es bedeutet gewissermaßen die Schicksalsfrage des polnischen Volkes, die über sein künftiges Los entscheidet. Ein Teil dieser Entscheidung, die Befreiung vom russischen Joch, ist glücklicherweise erreicht. Es handelt sich aber noch um ihren politischen Teil, um die Grundlegung der künftigen Existenzbedingungen des polnischen Volkes in einer Weise, welche den eigenen Bedürfnissen ebenso gerecht wird, wie denen Österreich-Ungarns, bezw. der verbündeten Mächte, die dieses Befreiungswerk vollbracht haben, und den sonst in Betracht kommenden wichtigen Interessen. Ich bitte überaus zu sein, daß die Regierung, so weit es in ihren Wirkungsbereich fällt, alles aufbietet wird, um eine solche allerseits befriedigende Lösung zu fördern. Sie wird auf einen um so besseren Erfolg bauen können, je mehr die österreichischen Polen durch eine polnische Orientierung dazu beitragen, aber nicht nur den großen politischen Problemen, auch den kleineren gegenüber. Sie bietet alles auf, um die in dieser Richtung durch die Zeitverhältnisse begründeten Schwierigkeiten so weit als möglich zu überwinden. Eine besonders brennende Frage, die der Kriegslösung steht in dieser Beziehung oben an. Hier handelt es sich um einen nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen und durch ein positives Gesetz stationierten Anspruch, von dessen Verwirklichung aber die Voraussetzungen unzulänglich sind.

Rußlands innere Wirren.

Verhandlungen der bürgerlichen Parteien mit dem deutschen Oberkommando in Kiew.

W. T.-B. Stockholm, 17. Juli. (Drahtbericht.) Der Vertreter von „Svenska Dagbladet“ in Helsingfors drahtet: Meldungen aus Rußland bestätigen die Gerüchte über einen Umschwung in der Kadettenpartei in deutschfreundlichem Sinn. Es beschäftigt sich, daß sich eine Anzahl Kadettenführer nach Kiew begab. Es sei kein Geheimnis, daß sie Verhandlungen mit dem dortigen deutschen Oberkommando anzuknüpfen versuchten, um ein Zusammenwirken zwischen den bürgerlichen Parteien in Rußland und den Deutschen einzubringen, was von den Kadetten nun als der einzige Ausweg zur Wiederherstellung geordneter Zustände in Rußland angesehen wird.

Die Spaltung der Linksevolutionäre.

W. T.-B. Moskau, 16. Juli. Nach einer Meldung der „Zvezditsa“ hat am 12. Juli eine stürmische Fraktionsung der linken Sozialrevolutionäre stattgefunden, bei der zwei scharf geschiedene Strömungen hervortraten. An der Spitze der einen Gruppe steht Kalgajew, der die Taktik des alten Zentralkomitees billigt. Die andere Strömung vertritt die Politik des früheren Zentralkomitees, die zu Abenteuer geführt habe. Kalgajew: Sie, die Vertreter der Opposition nicht zu Worte kommen. Das Ergebnis der Sitzung war die Bildung eines neuen Zentralkomitees, in dessen Reihen sich Spidonowa, Ransow und Karelin befinden. — Am 12. und 13. Juli wurde eine ganze Reihe verhafteter Sozialrevolutionäre, gegen die keine Beweise vorlagen, am Aufstand beteiligt gemessen zu sein, darunter Kalgajew, in Freiheit gesetzt.

Die Drohung des Massenterrors gegen die Bourgeoisie.

W. T.-B. Moskau, 15. Juli. „Pravda“ bespricht die Vorfälle in Jaroslaw, wo drei Volkswill von gegenrevolutionären Offizieren getötet wurden, und hebt die Rolle und die Anwendung des Massenterrors hervor, der nach Beschluß des kirchlich-benediktinischen Rateskongresses als Kampfmittel gegen die Bourgeoisie angewendet werden müsse. Bis jetzt habe die Mächtigkeits die Überhand leistenden Offiziere und Junker, sogar die Führer der Monarchisten, unerschrocken gelassen. Aber diese Lage könnte noch einmal auf der Welle einer Weigen Gariboldibewegung aufkochen und für die frühere Großmacht Kurische Mache räumen. Auch der damalige bequidige General Krasnow gabte jetzt allen, die in seine Hände kommen, mit Wei. Im Ural habe die Sowjetherrschaft ab-

reide angegebene Vertreter der Bourgeoisie als Geiseln festgenommen. Die Petrusburger und die Jersissler organisieren den Terror gegen uns. Wir werden mit Waffengewalt im Lande antworten. Gleichzeitig schickten sich die linken Sozialrevolutionäre an, einen Aufruf ins Werk zu setzen, der den Dred hatte, gewalttätig die Macht aus den Händen des allrussischen Sowjetkongresses in die Hände einer Partei zu übertragen, welche auf diesem Kongress in der Minderheit geblieben waren.

Der gezeichnete Anschlag auf den Czaren.

1a. Basel, 16. Juli. Die Petersburger „Sloboda“ veröffentlicht einen Brief des Zaren an einen Freund in Petersburg, in dem es heißt: „Als wir aus Zlatopol abreisen, versuchte eine Gruppe Banditen uns zu beseitigen. Dem Zarenitsch wurde dadurch ein großer Schaden eingeleitet, von dem er sich noch nicht völlig erholt hat, so daß er noch immer das Bett hüten muß. Es ist nur der Kautschuk eines Kommissars zu verdanken, daß wir am Leben geblieben sind.“

Die Lage in Sibirien.

Chinesische Förderung des tschecho-slowakischen Aufmarschs.

W. T. B. London, 17. Juli. (Drahtbericht.) Die „Times“ erzählt aus Peking vom 18. Juli: General Horvath wurde von General Dieblich, dem russischen Offizier, der die tschecho-slowakische Armee anführt, einen Vorkoster. Das Ergebnis war, daß gewisse Offiziere eine freundschaftliche Zusammenkunft hatten. Horvath erklärte sich bereit, den tschecho-slowakischen alle möglichen Schwierigkeiten bei ihrem Aufmarsch nach Transbaikalien auf der chinesischen Ostseebahn zu gewähren, da sie beabsichtigen, sofort einen Versuch zu machen, Jekuh zu erreichen. Um eine Beschränkung mit ihren Vorkosten herzustellen, wird wohl an die chinesische Regierung das formelle Ersuchen gestellt werden, den Durchzug durch die Mandchurie zu gestatten.

Die Stärke der tschecho-slowakischen nach englischer Meldung.

W. T. B. Amsterdam, 17. Juli. (Drahtbericht.) Die „Times“ erzählt von zuverlässiger Seite, daß vermutlich nicht weniger als 80 000 tschecho-slowakische Soldaten sich in Sibirien befinden. Diese scheinen jedoch nicht bewaffnet zu sein. Im europäischen Rußland befinden sich vielleicht noch 30 000 Mann, die jedoch, wie ihre Kameraden in Sibirien, in verschiedene Gruppen geteilt sind. Das Interesse konzentriert sich jedoch auf Sibirien, wo außer den tschecho-slowakischen unter General Dieblich noch eine ansehnliche russische Truppenmacht zur Verfügung des Generals Horvath und des Obersten Semenov steht.

Nach Hertlings Erklärung.

Die vermeintlichen Pariser Kommentare.

W. T. B. Bern, 15. Juli. In den Ausführungen des Kanzlers über Belgien liegen in der heutigen französischen Presse nur wenige Äußerungen vor, wahrscheinlich wegen Mangel an Material für den Artikel zur Nationalität. „Petit Parisien“ schreibt, Graf Hertling habe seine Antwort in etwas dekadenter Form als früher auf die erst gestellte Frage der englischen Staatsmänner erstellt, die Entente werde jedoch die Erklärung nicht zurücknehmen finden, weil sie widerprüchlich und doppeldeutig sei. Warum dem Deutschland Belgien als Pfand behalte, wenn es Belgien als unabhängigen Staat anerkennen wolle? Nachdem ihm Belgien weiter als Pufferstaat dienen solle, wie könne man da auf sein Verschwinden bauen? Belgien dürfe nie und nimmer als Pufferstaat betrachtet werden. Graf Hertling habe in der Form sich bemüht gezeigt, die Unabhängigkeit Belgiens dürfe jedoch keinerlei Bedingungen untergeordnet werden.

Der „Temps“ schreibt, die Formel des Kanzlers sei etwas härter als diejenige Reichsmann Hollweg vom 5. April 1916 im Reichstag aber man finde auch in der seltsam gefährliche Doppeldeutigkeit, wie früher bezüglich der Befreiung von ihm. Der Kanzler hätte gut getan zu erklären, daß Belgien wirtschaftlich und politisch voll und ganz wiederhergestellt werden müsse. Das das Wort Pufferstaat in der deutschen Diplomatensprache bedeute, wisse man seit 1863. Wenn Graf Hertling wirklich eine Friedenspolitik habe machen wollen, hätte er einfach die Räumung Belgiens anzufragen. In anderer Stelle schreibt der „Temps“, daß Belgien niemals irgend welche Bedingungen wirtschaftlicher, politischer oder militärischer Art oder irgend welche Einschränkungen seiner Unabhängigkeit annehmen werde. Belgien müsse alleinstehend von jeder Beeinträchtigung in seiner Ausübung seiner Souveränität

über sich selbst bestimmen. In Übereinstimmung mit seinen Bundesverträgen habe Belgien mit Deutschland lediglich über die ihm gebührende Wiedergutmachung und Garantien zu verhandeln, die es zum Schutze gegen jeden neuen Angriff zu verlangen berechtigt sei. Der Kanzler lehnte Belgien aber immer noch als Pufferstaat ab. — „Figaro“ stellt sich auf den gleichen Standpunkt und sagt, es müde nicht, zu sagen, man wolle es herausgeraten, solange man über die Bedingungen der Abgabe sich in geheimnisvolles Dunkel hülle. — „Populaire“ findet die Erklärung an sich interessant und bedeutungsvoll, aber trotzdem ungenügend, da sie zweideutig sei. Es sei immer noch die Befürchtung vorhanden, daß Deutschland irgendwie die Souveränität Belgiens zu beschränken gedenke. — „Globe“ vertritt eine Erklärung des Kanzlers über die besetzten Gebiete Frankreichs und folgert aus diesem wohlbedachtigen Schwelgen, daß die deutsche Regierung wenigstens eine teilweise Annexion französischer Bodens beabsichtige.

Ein westschweizerisches Urteil.

W. T. B. Genf, 16. Juli. Die hiesige „Revue“ schreibt zu den Erklärungen des Reichskanzlers Grafen Hertling über Belgien u. a.: Nach der Erklärung des Reichskanzlers zu schließen, stehen Hertling und Valsour in der belgischen Frage auf dem gleichen Standpunkt. Hertlings Erklärung räumt eines der größten Friedenshindernisse aus dem Wege. Die Ernennung des Staatssekretärs v. Hingé gibt, anstatt Deutschland in imperialistische Dogmen zurückzuwerfen, Anlaß zu einer unermittelten Erneuerung der in der Antwort auf die Papstnote und in der Reichstagsresolution vom Juli 1917 enthaltenen Grundätze. Die Entente, hauptsächlich England, stehen jetzt vor der Notwendigkeit, die Aufrichtigkeit ihres Interesses an der Unabhängigkeit Belgiens zu beweisen. Frankreich aber muß auf die Desannexion von Elsass-Lothringen, England auf Mesopotamien, Palästina und die deutschen Kolonien verzichten. In Paris und London weiß man, daß der Friede mit den Mittelmächten nur auf der Grundlage der Integrität der Gebiete des Vierbundes geschlossen werden kann. Wollen die Alliierten nun Belgiens Martyrium fortsetzen, sie, die dem belgischen Volke keinerlei Garantien für ihren schließlichen Sieg geben können, indem sie die belgische Frage weiter für ihre anexionistischen Ziele ausbeuten?

Das deutsch-englische Gefangenenaustauschabkommen.

W. T. B. Berlin, 17. Juli. (Amtlich. Drahtbericht.) Die im Haag am 14. Juli von den deutschen und britischen Delegierten unterzeichnete Vereinbarung über kriegsgefangene Zivilpersonen lehnt sich in der Hauptache an die kürzlich in Bern zwischen den deutschen und französischen Delegierten getroffenen Abmachungen an. Die Vereinbarung soll den beiderseitigen Regierungen zur Genehmigung vorgelegt werden. Diese Genehmigung wird nach dem von dem deutschen Delegierten bei der Unterzeichnung gemachten ausdrücklichen Vorbehalt auf deutscher Seite davon abhängen, daß die Lage der Deutschen in China unter Mitwirkung der großbritannischen Regierung eine befriedigende Regelung erfährt.

Bundesratsbeschlüsse.

W. T. B. Berlin, 16. Juli. In der unter dem Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers Wirtl. Geh. Rat v. Payer abgehaltenen Vollsitzung des Bundesrats wurden der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Änderung des Gesetzes über den Abzug von Ratsjägern, und der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Feststellung des Reichshaushaltplans und des Haushaltsplans für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1918, nach den Beschlüssen des Reichstags, sowie der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Feststellung eines Haushalts zum Reichshaushaltplan für das Rechnungsjahr 1918, angenommen.

Heer und Flotte.

Kanzlei-Verorgungs- und Fürsorgebericht. Das Kriegsministerium hat eine „Kanzlei-Verorgungs- und Fürsorgebericht“ herausgegeben, die das Wesentlichste auf diesem Gebiete in gedrängter Kürze und gemeinverständlichster Form enthält. Die Schrift erscheint im Verlage von Mittler u. Sohn, Berlin SW., Poststraße 68-71. Den Versorgungsämtern geht die von den stellvertretenden Generalkommandos angeordnete Anzahl Seite unentgeltlich zu. Im übrigen kann der für den Dienstgebrauch im Heimatgebiet erforderliche Bedarf aus amtlichen Mitteln beschafft werden.

Militär-Personalien. Befördert wurden: Oberstleutnant Sched (Wiesbaden), zum Leut. der Ref., * Drems, Hauptm. im Feldart. Regt. 27, zum Major.

Wiesbadener Nachrichten.

— Zum Hilfsdienstgesetz. Unter den neuerdings entlassenen Wehrpflichtigen, insbesondere den Kriegsbefähigten, welche durch einen Befehl des Bezirkskommandos angehalten wurden, sich beim Einberufungsausschuss zum Hilfsdienst anzumelden, scheinen vielfach Unkenntnis oder falsche Anschauungen über die Geltung des Hilfsdienstgesetzes zu herrschen. Es wird daher zu ihrer Belehrung darauf hingewiesen, daß sämtliche nicht im Heeresdienst stehenden oder auf Grund einer Reklamation entlassenen, also auch die infolge Kriegsbeschädigung zur Entlassung gekommenen Wehrpflichtigen nach dem Gesetz Hilfsdienstpflichtig sind und sich innerhalb der festgesetzten Zeit durch Ausfüllung einer Meldebarte, die beim Einberufungsausschuss und den Bürgermeistereien zu haben ist, anzumelden haben. Ihre Heranziehung zum Hilfsdienst wird aber stets unter möglicher Berücksichtigung der persönlichen Verhältnisse der einzelnen Hilfsdienstpflichtigen und des etwa von ihnen eingereichten Gesuchs um Zurückstellung vom Hilfsdienst erfolgen, und nur, so weit nicht ihre inländische selbst gewählte Tätigkeit schon als Beschäftigung im vaterländischen Hilfsdienst angesehen ist. Ein Grund zur Verurteilung über die Heranziehung kann also bei den in Frage kommenden Wehrpflichtigen nicht vorliegen.

— Kollisionsverhältnisse an Klaviern. Nach einer amtlichen Mitteilung der Reichs-Probierkommission sind auch die Klavierlehrer von vermieteten Klaviern ortseigen und abzuliefern. Zur Klavierlieferung ist der jeweilige Besitzer, d. h. also der Mieter, verpflichtet. Auch Klavierlehrer an Klaviern, die zu Unterrichtswecken dienen, können in keinem Fall von der Klavierlieferung zurückgestellt werden.

— Eine wichtige Entscheidung auf dem Gebiet der Gemeindebesteuerung hat der höchste Verwaltungsgerichtshof gefällt. Der Kaufmann B. in Wiesbaden ist als Hofverwalter gefallen. Seine Frau bezieht ein Witwenpensum von 1200 M. und eine Witwenbeihilfe von 408 M. Als der Magistrat Frau B. für das Rechnungsjahr 1917 zur Gemeindeeinkommensteuer heranzog, brachte er — so wird uns aus Berlin gemeldet — die beiden Beträge mit in Ansatz. Sie erhob hiergegen nach erfolglosem Einspruch Klage, mit der sie beantragte, das Witwenpensum und die Witwenbeihilfe von der Gemeindebesteuerung freizulassen und die ihr abverlangte Steuer entsprechend herabzusetzen. Der Bezirksauschuss wies die Klage ab. Er nahm an, daß die Frage, ob der Anspruch der Klägerin begründet sei, nach der Verordnung vom 23. September 1867 beurteilt werden müsse. Nach ihr sei er aber nicht gerichtlich, da der Mann der Klägerin nicht Beamter gewesen sei, als Offizier des Beurkundungsstandes auch nicht zu den Offizieren gehörte, deren Witwen bezüglich ihrer Personen von der Gemeindeeinkommensteuer befreit seien. Gegen die Entscheidung des Bezirksauschusses legte die Klägerin Revision ein. So hat sich für das Oberverwaltungsgericht zum erstenmal Gelegenheit, zu der hier streitigen Frage Stellung zu nehmen. Der Gerichtshof hat die Entscheidung des Bezirksauschusses aufgehoben und nach dem Klageantrag erkannt. Er stellte sich auf den Standpunkt, daß die Grundätze, die dazu geführt hätten, in der Verordnung von 1867 den Offizieren des Beurkundungsstandes ein Vorrecht in gemeindebürgerlicher Beziehung nicht zuzubilligen, auf die Bezüge der Witwen dieser Offiziere nicht anwendbar seien. Der Gerichtshof nahm an, daß hier § 48 des Reichsmilitärstrafgesetzes vom 2. Mai 1874 Maß griffe. Dort ist bestimmt: „Die Begünstigungen, die nach der Gesetzgebung der einzelnen Bundesstaaten den Hinterbliebenen von Staatsbeamten hinsichtlich der Besteuerung der aus Staatsfonds oder aus öffentlichen Versorgungsstellen ihnen gewährten Pensionen, Unterstützungen oder sonstigen Zuwendungen zustehen, finden auch zugunsten der Hinterbliebenen von Militärpersonen hinsichtlich der ihnen aus Reichs- oder Staatsfonds oder aus öffentlichen Versorgungsstellen zustehenden gleichartigen Bezüge Anwendung.“ Der Gerichtshof erkannte hiernach an, daß das Witwenpensum und die Witwenbeihilfe der Klägerin nicht der Gemeindebesteuerung unterliegt.

— Personal-Nachrichten. Der Postkammerer August Schneider, zuletzt Geleiter in einem Landsturm-Bataillon, kann am 18. d. M. auf eine zehnjährige Tätigkeit im Dienste der Postverwaltung zurückblicken.

(60. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

Aus hartem Holz.

Roman von Julia Jöckl.

„Du hast ehrlich an mir gehandelt, als du dein Glas an dem meinen zerbrachst. Ich habe es dir später gedankt.“

Sie drückte seine Hand und fragte dann so leise, daß er es kaum verstehen konnte: „Und das andere, das Ausschüttbare, hast du davon gehört?“

„Arme Frau!“

„Ärztlich strich er über ihre Hand und sah ihr tief in die schönen Augen, die ihm so voller Gram begegneten.“

„Und du hast nicht den Glauben an mich verloren?“

„Nein.“

„Wie der Aufstreich eines ehrlichen Horns erkläre dieses.“

„Und doch haben so viele an mir gezweifelt — auch nachher noch.“

„Du arme — arme Frau!“ sagte er wieder, er hätte sie gern in seine Arme genommen und ihr die Lippen non den Augen geküßt, die darin quollen.

„Wir wollen nie wieder davon sprechen, Alfred. Wilhelm gegenüber kein Wort, ich bitte dich darum.“

„Er fing denn selber davon an.“

„Das tut er schon nicht. Auch mit Goh sprich nicht.“

„Das habe ich schon getan, ich mußte dem braven Kerl doch danken.“

„Und was sagte er dazu?“ Mit brennenden Augen blinnte Zette ihn an. Man erkannte die feberhafte Spannung, mit der sie seine Antwort erwartete.

„Er machte sich davon, so rasch er konnte. Wenn sein verdammtes Gesicht eine andere Farbe annehmen könnte, so würde ich sagen, daß er ganz blaß wurde, so nah geht ihm dein Schicksal. Das ist ein Getreuer, der dich dein Lebensmann, der gingt für dich in die Hölle.“

„Und ist wohl schon im Fegfeuer.“

„Wie meinst du das?“

„Ach, es war nur ein dummer Witz von mir, Alfred.“

Dabei sahen ihre ernsten Augen gar nicht nach Scherzen aus und mieden die seinen.

Am nächsten Morgen fuhren sie miteinander dem Norden zu, und beim Abschied sagte Goh zu Zette: „Mir wäre schon lieb, Sie blieben hier, Frau Thoma. Es ist noch zu früh zur Heimkehr. Viel zu früh, das können Sie mir glauben.“

Zette sah ihn betroffen an und glaubte, er spräche so wegen Thoma. Sie sollte es gar bald erfahren, wie er es gemeint hatte.

19. Kapitel.

Sie waren wieder daheim in ihrem lieben bergischen Haus. Juchzend stürzten die Zwillinge an Lante Elise vorbei in den Garten, wo sie Wiederlebensfreunden feierten mit allen Bläsen.

Und Zette? Einen Augenblick war es ihr, als lege sich ein Alp auf sie, da sie im kühlen Hausflur stand. Und in ihrem lieben trauten Zimmer, in das sie floh, um ihre Erregung vor ihrem Mann zu verbergen, packte es sie wie ein schüttelnder Krampf.

Die Worte von Goh fielen ihr ein. Zu früh, viel zu früh kam sie her. Mit erschrocken Augen sah sie um sich und traf in dem großen Weilerbüchel mit denen ihres Mannes zusammen, der ihr nachgegangen war, da ihre Blässe ihn geängstigt hatte.

Mit wenigen Schritten stand er hinter ihr und lächelte ihrem Spiegelbild so herzlich zu, daß sie versuchte, ebenso tapfer zu sein wie er. Aber sie konnte es nicht vermeiden, daß die Tränen, die schon während in ihrer Kehle geflossen hatten, ihre Wangen nekten. Die küßte er fort, aber er sagte nichts.

Er trat mit ihr an das Fenster und sie blinnte hinaus in den Garten, wo die Linden blühten und ihr Duft sich mit dem ungezählter Rosen mischte.

„Lante Elise!“ sagte Zette schuldbewußt.

„Mach dir keine Sorge, Zette, die hat genug mit unseren Jungens zu tun.“

Der Jubel der Knaben, die jetzt herein stürzten, die Eltern zu holen, ließ alles andere zurücktreten. Mit einander gingen sie durch das ganze Haus und kamen auch in die Küche, von der Regine sofort Besiß ergriffen hatte.

Mit vollem Verständnis stand Lante Elise daneben, als die Köchin gleich auf ihre Madam aufuhr und ihre Befehle für morgen erbat.

„Fräulein Weber wird Ihnen schon sagen —“

„Wißt du nicht selber bestimmen, Zette“, hat Elise.

„Ich glaube, es wird das beste sein, schon wegen der Knaben. Ich weiß da nicht recht Bescheid.“

Befriedigt verhandelte Regine nun mit der Herrin, die ihr schließlich alles überließ.

„Gehen Sie nur ruhig mit den Jungens, Madam, in einer Stunde ist alles unter der Linde. Der Abend ist so schön, der Herr ist von den Bergen her schon abgehärtet. Ich glaube, man kann es riskieren.“

Und als sie später unter der Linde saßen und der Friede der heraufziehenden Sommernacht seine Wirkung nicht verfehlte, fand Zette ihre Ruhe wieder, und die Ermüdung der Reisetage verhalf ihr zu einem traumlosen, erquickenden Schlaf.

Am Morgen sangen sie die Vögel noch, so daß Walters erste Frage an die Mutter war: „Ist hier das Vogelparadies, von dem du erzählt hast?“

„Es fehlt die Quelle unter dem Rosenbusch, mein Junge, und dann wäre es auch zu weit von den Bergen.“

„Ach ja“, sagte Walter nachdenklich, um dann mit freudig erhobenen Kopf und strahlenden Augen hinzuzufügen: „Aber ein Paradies ist es doch.“

(Fortsetzung folgt.)

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Conradberg, 17. Juli. In der gemeinsamen Sitzung des...

Aus Provinz und Nachbarschaft.

ht. Darmstadt, 17. Juli. Von Zusammenstellungen einer...

ht. Wehlau, 17. Juli. Zwischen Schwabach und Bimboden...

FC. Kessel, 16. Juli. Auf dem Bahnhof Oberstadt fiel einem...

FC. Friedberg, 16. Juli. Die Scheinmischlungen...

Sport.

Das Turnen der Frauen und Mädchen.

berch den Krieg mehr, als man allgemein glaubt, wichtig...

Deutschland mit einer mehr als 100jährigen Tradition nicht...

Gerichtssaal.

FC. Die Proteste der Viechticher Hühnerhalter. Einer großen...

w. Handel mit Prestofarben. Unter den polnischen Arbeitern...

Neues aus aller Welt.

Die spanische Krankheit auch in der Türkei. Konstanti...

Handelsteil. Vom Weinmarkt.

Unser sachmännischer Mitarbeiter schreibt: Die Hal-

Der Handel hat in alten oder älteren Beständen so...

Es sind Bestrebungen im Gange, für die kommende...

Ausländische Wechselkurse

w. Amsterdam, 16. Juli. Wechsel auf Berlin 34.02%

Die Morgen-Ausgabe umfaßt 6 Seiten.

Hauptschreiber: H. Hegerbock.

Beauftragt für den Inhalt: H. Hegerbock; für den Inhalt...

Verantwortlich für den Inhalt: H. Hegerbock.

Statt Karten. Ihre Verlobung bohren sich anzuzigen Luise Kohl Friedrich Klaus

Alltägliche Anzeigen. Bekanntmachung. Die Verhütung von Un-

Geburts-Anzeigen Verlobungs-Anzeigen Heirats-Anzeigen Trauer-Anzeigen

Nachruf! Am 16. Juli verstarb nach längerem Leiden unsere hochbetehrte Prinzipalin Frau Josefina Hahn.

Dienstagabend entschlief infolge erneuten Schlaganfalles nach vieljährigem, mit himmlischer Geduld ertragenem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere teure, herzensgute Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante Frau Johanna Lissauer

Bekanntmachung. Hiermit wiederholt aufmerksam darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 12 der Verordnung...

Nachruf! Am Sonntag, den 18. Juli, verschied unerwartet ein langjähriger, treuer Mitarbeiter unserer Firma, der Schneider Aug. Diefenbach.

Statt besonderer Anzeige. Heute nacht 11 1/2 Uhr entschlief nach längerem, schmerzlichem Leiden meine innigstgeliebte Frau, die gute, treuherzige Mutter meiner Kinder, unsere liebe Schwester und Schwägerin, Josefina Hahn

